

Studie zeigt Möglichkeiten auf

EEG-Umlage senken

Befürworter der Energiewende werden das Ergebnis der Studie, die Energy Brainpool im Auftrag des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und Greenpeace veröffentlicht hat, freuen. Denn im Gegensatz zur üblichen Rhetorik hat sich die Studie nicht damit beschäftigt wie stark Verbraucher den Ausbau der Energiewende mit finanzieren müssen, sondern wie wenig Betreiber konventioneller Anlagen weiterhin zur Kasse gebeten werden. So kommt die Studie letztlich zu dem Ergebnis, dass beispielsweise das Abschaffen der Bevorzugung des Eigenstromverbrauchs konventioneller Kraftwerke zu einer 12-prozentigen Senkung der EEG-Umlage führen würde.

Die Studie wurde aus Kalkül in Auftrag gegeben. So wollen die beiden Umweltverbände, vor allem in Richtung Politik, deutlich machen, dass eine Bevorzugung des Eigenstromverbrauchs konventioneller Energieerzeugung die Energiewende ausbremst.

Deshalb wird gefordert dies im Zuge der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) zu ändern. Betrachtet man die Pläne von Bundeswirtschaftsminister Sigmар Gabriel (SPD) so offenbaren sich teils widersprüchliche Ansätze. Obwohl es aus allen politischen Lagern das Bestreben zum Gelingen der Energiewende gibt, werden immer wieder regulatorische Hürden in den Weg gelegt.

So hat Gabriel vorgeschlagen den Eigenstromverbrauch erneuerbarer Anlagen über die EEG-Umlage zu sanktionieren. Konventionelle Anlagen sollen allerdings weiterhin befreit bleiben. Daniela Setton, Energieexpertin beim BUND hält dies für absurd: „Kohle- und Atomkraftwerksbetreiber sollen weiter jährlich 2,6 Milliarden Euro für den Stromverbrauch geschenkt kriegen, während für den selbst verbrauchten und sauberen Strom aus Anlagen für erneuerbare Energien in Zukunft EEG-Umlage gezahlt werden soll.“ > BSZ

> 10.000 MW
Installierte PV-Leistung

5.000 MW
Strombedarf

www.energiefuerbayern.de

z. B. Pfingstmontag
09.06.2014, 13:30 Uhr

Warum sollten an sonnigen Feiertagen 5 Millionen Bayern bügeln?

In Bayern sind derzeit über 10 000 Megawatt (MW) an Photovoltaik (PV)-Leistung in Betrieb. Diese steht um die Mittagszeit, wenn in Bayern die Sonne von einem wolkenlosen Himmel bei kühler Witterung scheint, nahezu vollständig zur Verfügung. Der Strombedarf an Feiertagen zu Ferienzeiten (zum Beispiel Pfingstferien) beträgt in Bayern rund 5000 MW. Die durchschnittliche Leistungsaufnahme eines handelsüblichen Bügeleisens beträgt rund 1000 Watt. Es müssen also 5000 MW (10 000 MW - 5000 MW) weggebügelt werden, damit der Strom in Bayern bleibt. 5000 MW = 5 000 000 Kilowatt = 5 000 000 000 Watt / 1000 Watt ergibt 5 Millionen Bügler. In Bayern wohnen rund 12,5 Millionen Menschen. Es spielt für den Erfolg der Aktion im Übrigen keine Rolle, ob die Bügler männlich oder weiblich sind.

FOTO/TEXT VBEW

Anbieter regenerativer Energie kritisieren die Politik

Alles gegen den Ökostrom-Ausbau

Es kann nicht sein, dass auf einer neuen Trasse Braunkohlestrom aus Sachsen-Anhalt nach Bayern transportiert wird.“ Stefan Rauh, Geschäftsführer des in Freising beheimateten, bundesweit agierenden Fachverbandes Biogas e. V. (FVB), redet Klartext, wenn er auf die aktuellen Ausbaupläne für das Höchstspannungsnetz in Bayern und speziell die vielkritisierte Gleichstromtrasse Süd-Ost angesprochen wird. Auch wenn genau hier Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) jetzt wieder auf die harte Linie der Bundesregierung und Bundesnetzagentur zurückzuschwenken scheint: Kürzlich signalisierte die Staatsregierung wieder Verständnis.



Neue Stromnetze sind hierzulande sehr umstritten. FOTO DPA

Wenn überhaupt, dann „darf die neue Trasse nur zur Weiterleitung von erneuerbarem Strom gebaut werden“. Es müsse „aus unserer Sicht klar geregelt werden, dass die Leitungen nicht laufend zum Transport von Kohle- oder Atomstrom nach Bayern genutzt werden“, fordert Stefan Rauh. Wegen der auch von gesehenen, großen Bedeutung der Versorgungssicherheit für den Freistaat sollten stattdessen „dezentrale erneuerbare Energieanlagen und hier insbesondere Biogasanlagen die Abschaltung der Atomkraftwerke kompensieren“. Als notwendige Ergänzung der Netze, um zum Beispiel Windstrom aus dem Norden und Osten Deutsch-

lands in den Süden zu leiten, sieht er vor allem „die Thüringer Strombrücke nach Grafenrheinfeld ganz wichtig“.

Doch diese Strombrücke werde ohnehin schon gebaut. Schließlich hätten Energiesystemanalysen von Verbänden im Auftrag des Bayerischen Wirtschaftsministeriums ergeben: Ab 2025 müssen Maßnahmen zur Versorgungssicherheit getroffen werden. Zwar könnte Biogas als Speicher

für Stromlücken „in den meisten Fällen helfen. Im Schnitt geht es um 1,5 Gigawatt Spitzenleistung, die fehlt.“ Zudem würden „Biogasanlagen ja auch noch mit Wärme-Kraft-Kopplung für dezentrale Wärme sorgen. Bei der Energiewende geht es bekanntlich nicht nur um Strom!“, betont Rauh.

Doch dass die aktuelle Anpassung des Erneuerbare-Energien-Gesetz EEG dazu beitragen wird,

dass Bestandsanlagen systematisch auf bedarfsgerechte Strombereitstellung umgestellt werden, das sieht man beim FVG mehr als kritisch. Die Gesetzesnovelle ist ohnehin mehr als umstritten: Sogar Hans-Jürgen Papier, der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, bezeichnet sie in einem Rechtsgutachten als „in Teilen verfassungswidrig“.

„Keine gute Zeit für die Erneuerbaren und die von der Politik ausgerufenen Energiewende, sogar Gegenwind“ erkennt aktuell auch Thomas E. Banning. Der Vorstandsvorsitzende des Ökostromanbieters Naturstrom AG (NAG) mit Bayern-Niederlassung in Forchheim war glücklich, als sich „ab 2006 die Rahmenbedingungen verbesserten. Ab da sorgte die Bundesnetzagentur für halbwegs faire Rahmenbedingungen. Seitdem hat sich viel verändert am Markt.“ Auch unter den neuen Stromanbietern, die seit 1998 ans Netz gingen: Etwa 1000 gab es zu Hochzeiten 2004, „heute sind es nur noch vier. Alle haben vor Öko auf der Verpackung. Die Billigen haben dagegen nicht überlebt“. Banning will damit ausdrücken, dass sich Qualität durchsetzen kann. Auch im Stromgeschäft.

Dessen NAG setzt beileibe nicht nur auf Strom aus Anlagen, die nach dem EEG vergütet werden. „56 Prozent bei uns ist heute Nicht-EEG-Strom“, und dennoch

unternehmen „knapp unter dem deutschen Durchschnittspreis“. Die Kraftwerke – ob Biogas, Wasser, Wind oder Solar – betreiben großteils Mittelständler, „von Landwirten bis zu Bürgergenossenschaften“. Oft gingen die Stromleitungen direkt zu Großkunden, „ohne Nutzung des öffentlichen Netzes“, wodurch die Durchleitungsgebühren entfielen.

Dezentral geht's besser

„Wenn ich vor Ort Nachfrage und Angebot in Einklang bringe, brauche ich Deutschland nicht mit Hochspannungstrassen vollzupflastern“, ist Banning mit FVB-Geschäftsführer Rauh auf einer Linie. „Holt euch ein Stück Selbstbestimmung zurück“, appelliert der NAG-Vorstand an Bürgermeister und kommunale Versorger, es ihm gleichzutun. Denn „Erneuerbare Energien kann ich dezentral anwenden, wie ganz früher.“ Erst im Dritten Reich sei alles zentralisiert worden; das sei bis 1998 so geblieben. „Es ist doch verrückt, was Sigmар Gabriel macht. Er will wieder zentralistisch alles an einem Ort konzentrieren“, wirft Thomas Banning ausgerechnet dem SPD-Energieminister eine Energierückwende vor. Der solle sich lieber für ein neues Energiemarktdesign

einsetzen: Die EEG-Anlagen machten den Ökostrom an der Börse heute zu billig. Besser sei, ihn anders zu vermarkten.

Und noch eine massive Kritik hat der NAG-Chef an der Politik: Komplette auf Erneuerbare umzusteigen, das dauere 20 bis 30 Jahre. Nach dem Atom-Aus „brauchen wir jetzt ein Szenario, wie wir schrittweise aus Kohle aussteigen können. Aber man muss sich drauf einstellen können“ und nicht wie Sigmар Gabriel oder Horst Seehofer jeden Tag eine neue Idee präsentieren.

„Die Rechnung für die außerordentlich kurzfristige Atom-Entscheidung der Kanzlerin nach Fukushima bekommen wir als Steuerzahler durch die Klage von Vattenfall.“ Der Energieminister will bekanntlich den ausgefallenen Atomstromgewinn von der Bundesrepublik ersetzt bekommen. Alternativ fordern E.ON, RWE und EnBW seit dieser Woche, der Bund solle gefälligst die Atomkraft-Hinterlassenschaften aus Steuermitteln beseitigen. „Doch genau diese Konzerne reden mit den Politikern der hohen Ebenen. Der Kanzlerin oder dem Energieminister. Wir sind da außen vor.“

Dazu noch einmal Stefan Rauh von FVB: „Da das Geschäftsmo- dell der großen Energiekonzerne eher auf konventionellem Strom basiert, ist hier ein Interessenkonflikt vorprogrammiert.“

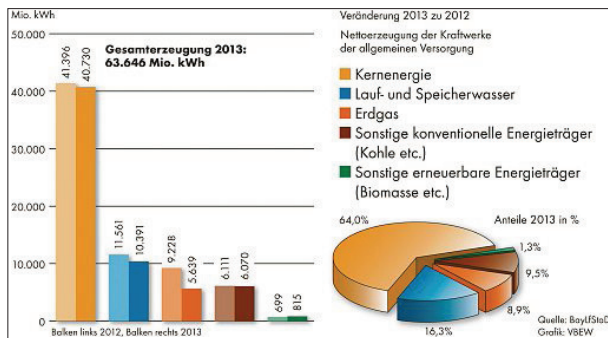
> HEINZ WRANESCHITZ

Knapp 40 Prozent weniger Elektrizität aus Gaskraftwerken im Freistaat

Bayerische Energieversorger erzeugen immer weniger Strom

Die für die öffentliche Stromversorgung zuständigen Energieversorgungsunternehmen in Bayern haben 2013 gegenüber dem Jahr 2010 rund 15 Prozent weniger Strom erzeugt. „Der Rückgang 2013 ist insbesondere bei der Stromerzeugung aus Erdgas dramatisch und zeigt auf, mit welchen großen wirtschaftlichen Problemen diese Anlagen derzeit zu kämpfen haben. Wir brauchen diese Anlagen aber, denn sie garantieren unsere Versorgung immer dann, wenn der Strom aus Sonne und Wind nicht zur Verfügung steht“, erklärt Wolfgang Brandl, Vorstandsvorsitzender des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (VBEW).

Im Jahr 2010 haben die Kraftwerke der allgemeinen Versorgung noch rund 73 000 Millionen kWh erzeugt. Im Jahr 2013 waren es nach der Erhebung des statistischen Landesamts noch rund 63 600 Millionen kWh. Maßgeblich dafür sind das Abschalten des Kernkraftwerkes Isar 1 im Jahr 2011 und in der Rückgang der Stromerzeugung aus Erdgas im Jahr 2013. Allein Erdgas trug 2013 mit rund 3600 Millionen kWh (minus 39 Prozent) weniger zur Stromerzeugung bei. Der Stromverbrauch ist in Bayern hingegen etwa konstant geblieben. Die „fehlenden“ Stromerzeugung werden beispielsweise von Landwirten und Bürgern mit Biogas- und Photovoltaikanlagen in das Stromnetz eingespeist oder aus anderen Ländern über Stromleitungen importiert. Es wird aber auch immer mehr Strom beispielsweise von der Industrie und privaten Haushalten selbst erzeugt und gleich vor Ort verbraucht, da dieser – im Unterschied zum Strombezug aus dem Netz – derzeit regelmäßig frei von Steuern, Abgaben, Umlagen und Netzentgelten ist.



2015 geht das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld vom Netz. Damit fehlen der öffentlichen Stromversorgung jährlich weitere bis zu 10 000 Millionen kWh Strom. Spätestens bis 2022 gehen mit den

Kernkraftwerken Gundremmingen und Isar 2 weitere rund 50 000 Millionen kWh vom Netz. Damit haben die bayerischen Elektrizitätserzeuger in 10 Jahren dann rund zwei Drittel ihrer angestamm-

ten Stromproduktion verloren. „Es wird große Anstrengungen erfordern, diese Lücke unter Aufrechterhaltung von Versorgungssicherheit, Preiswürdigkeit und Umweltfreundlichkeit schließen zu können. Wer dabei nur auf heimische Sonne, Wind und Biomasse setzt, gibt sich einer Illusion hin“, so Brandl.

Die Sicherstellung der Stromversorgung zu jeder Zeit eines hochentwickelten Landes mit einer leistungsfähigen Industrie-

und Dienstleistungsstruktur wie in Bayern ist vor allem eine komplexe technische Aufgabe. Zunehmend bestimmt aber die Bürokratie das Tagesgeschäft der bayerischen Energieversorger. Allein für die Abwicklung der Förderung der rund 400 000 bayerischen Anlagenbetreiber, die nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gefördert werden, beschäftigen die zuständigen Stromnetzbetreiber rund 1000 hochqualifizierte Mitarbeiter. „Lag die Verantwortung für eine sichere Stromversorgung früher auf wenigen Schultern, so erzeugen jetzt in Bayern auch mehrere 100 000 Bürger ebenfalls Strom. Das sehen wir positiv. Aber alles sollte klar sein, dass sie damit auch eine Verantwortung für die gesamte Gesellschaft übernehmen und es nicht ausschließlich um die Optimierung der privaten Stromrechnung zu Lasten Dritter gehen kann.“ sagte Brandl. > BSZ